

Rede der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig, anlässlich der Veranstaltung „Dom am Abend“ am 18.8.15 im Dom zu Brandenburg

„Familie und Partnerschaftlichkeit. Veränderte Wünsche und neue Antworten“

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die freundliche Begrüßung. Ich bin heute Abend gerne hierhergekommen.

Beständig neu – unter diesem Motto steht das 850-jährige Jubiläum des Doms zu Brandenburg.

Beständig neu – ein bisschen gilt das auch für Familien in unserem Land.

Familie hat Bestand aber Familienbilder ändern sich.

Familie ist ein Thema, das alle angeht, wo alle mitreden können und wollen.

Wer ist Familie - und wer nicht?

Wie leben Familien in unserem Land und was leisten sie?

Was brauchen Familien und wer ist dafür verantwortlich?

Dabei ist es immer wieder gut, genau hinzuschauen. Denn Familie ändert sich, und die Bilder von Familie in unserem Land ändern sich auch. Familien sind heute vielfältiger als wir es vielleicht gewohnt sind.

Dazu gehört auch, dass

- jede dritte Familie einen Migrationshintergrund hat,
- dass Kinder in Regenbogenfamilien, also mit zwei Müttern oder zwei Vätern, aufwachsen und
- dass es Stief- und Patchworkfamilien gibt, weil Eltern sich getrennt haben und neue Partnerschaften eingegangen sind.

Alleinerziehende, Paare in einer Lebensgemeinschaft und auch Regenbogenfamilien werden heute von einem Großteil der Gesellschaft ganz selbstverständlich als Familien betrachtet. Was also macht Familie aus?

Es geht vor allem darum, dass in Familien Verantwortung übernommen wird. Füreinander und insbesondere für Kinder.

Das muss das Kriterium sein. Ideologische Bilder, wie Familien auszusehen haben helfen uns nicht weiter.

Mir ist es wichtig, dass wir Familien so annehmen wie sie sind. Vielfältig und bunt und leistungsstark.

Familien schaffen Geborgenheit, sie bieten Schutz und übernehmen Verantwortung füreinander.

Im Mittelpunkt stehen die Kinder – unabhängig davon, wie und mit wem ihre Eltern leben.

Im Alltag bedeutet Familie das, was auch die Evangelische Kirche in Deutschland festgehalten hat: liebevolle Zuwendung, vielfältiger Austausch, Unterstützung, Hilfeleistung, Gespräche. Das alles kann der Staat nicht leisten.

Aber Familien tun es – darunter auch gleichgeschlechtliche Elternpaare mit Kindern.

Die Aufgabe von Politik ist es, die Bedürfnisse von Familien ernst zu nehmen und auf neue Lebensrealitäten zu reagieren.

Es gibt nicht nur einen Trend zu mehr Vielfalt, sondern auch einen Trend zu mehr Partnerschaftlichkeit.

Die Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern und die Vorstellung davon, wie Familien leben wollen, haben sich gewandelt.

Eltern wollen gemeinsam Verantwortung für Einkommen und Kindererziehung übernehmen. Väter wie Mütter wollen heute beides: Zeit für die Familie und Zeit für den Beruf. Diese Entwicklung verdanken wir auch der deutschen Einheit.

Gerade für die ostdeutschen Frauen war es eine Selbstverständlichkeit, dass Frauen arbeiten und Kinder haben. Dieses Selbstverständnis hat die Wiedervereinigung überdauert und sich in ganz Deutschland durchgesetzt. Die Frauen in Ostdeutschland sind gewissermaßen Vorreiterinnen eines modernen Familien- und Frauenbildes. Frauen sind gut qualifiziert und wollen erwerbstätig sein. Auch wenn sie Kinder haben.

Nach der Geburt eines Kindes steigen Frauen heute viel schneller wieder in ihren Beruf ein als früher. Sie arbeiten häufig auch mit höherer Stundenzahl. In Ost und West finden heute über 90 Prozent der Frauen und Männer bis 40, dass beide Elternteile sich um die Kinder kümmern sollten.

Auch bei den Männern hat sich was getan. Sie wollen nicht mehr nur Familienernährer sein. Sie wollen eine aktivere Rolle in der Familie übernehmen. Mittlerweile unterbrechen immer mehr Väter ihre Erwerbstätigkeit, um Elternzeit zu nehmen oder sie reduzieren ihre Arbeit über einen längeren Zeitraum, um für ihre Kinder da zu sein.

Das war auch in der DDR früher nicht so. Da hat sich also in ganz Deutschland etwas verändert.

Lebensrealitäten verändern sich - und damit verändern sich auch die Bedürfnisse von Familien. Politik muss diese Bedürfnisse noch stärker aufgreifen.

Umfragen zeigen uns, dass über 60% der Paare die Idealvorstellung haben, partnerschaftlich zu leben. Es gelingt aber bisher nur wenigen Familien, tatsächlich nach ihren Wünschen zu leben.

Besonders Frauen haben das Gefühl, sich zwischen Beruf und Familie entscheiden zu müssen. Nach der Geburt eines Kindes oder schon vorher.

Eine Umfrage unter Ärztinnen hat ergeben, dass fast die Hälfte überzeugt sind, dass sie auf Kinder verzichten müssen, um ihre Karriereziele erreichen zu können. Ist das nicht erschreckend?

Wir vertrauen uns Ärztinnen und Ärzten an und vertrauen darauf, dass sie nicht nur ihr Handwerk verstehen, sondern auch ein Gespür für Menschen haben. Und dann höre ich, dass ihr Beruf sie zu so einer unmenschlichen Entscheidung zwingt.

Ich kenne eine Kinderärztin im Krankenhaus. Sie hat sich für Kinder entschieden.

Nach dem ersten Kind ging es noch irgendwie mit dem Schichtdienst. Alle haben ein bisschen Rücksicht genommen, es war anstrengend, aber es ging. Nach dem zweiten Kind war die Geduld des Arbeitgebers schon weniger groß. Und jetzt will sie nach dem dritten Kind zurückkommen, und ihre Vorgesetzten sagen ihr offen: Okay, einen weiteren befristeten Vertrag geben wir Ihnen. Aber Sie müssen schon funktionieren auf Station. Und die interessante Sprechstunde, die alle machen wollen, weil man dort am meisten lernt - die bekommen diejenigen, die keine Elternzeit genommen haben und Vollzeit arbeiten.

Solche Sprüche und solche Situationen gibt es nicht nur im Krankenhaus, und auch das ist ein Grund, warum das Thema Familie immer wieder einen Nerv trifft. Viele

Familien fühlen sich unter Zeitdruck. Mütter und Väter haben das Gefühl, überall ein bisschen und nirgends richtig präsent zu sein. Weder im Job, noch bei ihren Kindern. Und vor allem Mütter haben das ungute Gefühl, sich entscheiden zu müssen zwischen Arbeit und beruflichem Fortkommen einerseits und ihrer Familie andererseits. Muss das wirklich so sein? Ich glaube, das muss nicht so sein. Familie und Beruf sind vereinbar.

Wir sollten uns auch nicht beirren lassen von pessimistischen Stimmen, die sagen „das geht alles gar nicht“ und die von der „Alles-ist-möglich-Lüge“ reden. Mittlerweile gibt es sogar eine ganze Reihe von so genannten Ratgebern, die Familien einreden, was alles nicht geht.

Ich werbe dafür, dass wir es Familien insgesamt leichter machen. Bedenkenträger helfen hier nicht weiter.

Natürlich ist es oft stressig, kleine Kinder zu haben und zu arbeiten. Und natürlich ist nicht immer alles möglich. Aber es ist viel mehr möglich, wenn wir zu neuen Vereinbarkeitslösungen kommen. In anderen europäischen Ländern funktioniert das auch.

Ich möchte, dass berufstätige Mütter und Väter in Deutschland künftig mindestens so gute Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit vorfinden, wie es sie etwa in Schweden und Frankreich gibt.

Das ist eine Frage der Flexibilität der Arbeitszeiten, aber auch der Betreuungszeiten. Wie sich Eltern die Aufgaben nach der Geburt des ersten Kindes aufteilen, entscheidet auch über die künftigen Berufsperspektiven.

Ich habe kürzlich mit Frau Professorin Köcher vom Allensbach Institut eine Studie vorgestellt, die dies bestätigt.

Mehr als die Hälfte der Eltern wechselt nach Geburt eines Kindes in ein Modell mit Vollzeit des Vaters und Teilzeit der Mutter. Im Schnitt sind es bei den Frauen 19 Wochenstunden. Und es ist auch die junge Frau, die – wenn es schlecht läuft – dauerhaft unfreiwillig auf einer Teilzeitstelle hängen bleibt. Das hängt auch damit zusammen, dass wir noch kein flexibles Rückkehrrecht in eine Vollzeitbeschäftigung haben. Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb festgeschrieben, ein solches Rückkehrrecht in dieser Wahlperiode einzuführen.

Mit der Geburt des ersten Kindes werden also Weichen gestellt, die vor allem das weitere Leben von Frauen langfristig verändern. Mit gravierenden Auswirkungen auf berufliche Chancen und auf künftige Rentenansprüche der Frauen.

Meine Aufgabe als Bundesfamilienministerin ist es, Familien ganz konkret zu unterstützen, damit sie so leben können wie sie es wollen. Der Auftrag an die Familienpolitik ist laut der Studie des Allensbach-Instituts eindeutig:

Die große Mehrheit der Bevölkerung will, dass Familienpolitik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert – vor allem die Voraussetzungen dafür, dass beide Elternteile berufstätig sein können.

Und 61 Prozent der Bevölkerung halten es für wichtig, Eltern mit Kindern unter 3 Jahren in Zukunft so zu unterstützen, dass beide Partner berufstätig sein können.

Um Beruf und Familie vereinbaren zu können, brauchen Familien Zeit, Geld und eine gute Betreuungs-Infrastruktur – das sind die Top-Drei.

Ich habe zu Beginn dieser Legislaturperiode das Modell einer Familienarbeitszeit in die politische Diskussion eingebracht. Die Reaktionen waren zunächst kritisch bis ablehnend.

Das ist immer so: die politischen Gegner fallen über neue Ideen her, wenn sie nicht die eigenen sind, und die Wirtschaft ruft reflexhaft „Bürokratie!“. Und genau da habe ich gemerkt, dass es sich lohnt, hier am Ball zu bleiben.

Ich freue mich sehr, dass die Diskussion um die Frage, wie Familie und Arbeitswelt besser miteinander in Einklang gebracht werden können, mittlerweile immer mehr

Fahrt aufnimmt. Ich bin froh, dass die Diskussion um die Familienarbeitszeit mittlerweile ganz anders geführt wird.

Die Medien greifen das Thema sehr differenziert auf. Übrigens nicht in der Beilage „Schöner leben“, sondern in den Wirtschaftsteilen. Und auch die Wirtschaft ist interessiert.

Die Unternehmen wissen längst, dass eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf dazu beiträgt, Fachkräfte an sich zu binden und neue zu werben.

Das zeigt, welchen Stellenwert das Thema „Beruf und Familie“ mittlerweile für die Wirtschaft und die Gesellschaft hat.

Wie könnte eine Familienarbeitszeit in der Praxis aussehen? Der Leitgedanke der Familienarbeitszeit ist, dass Männer und Frauen in Familienphasen beide vollzeitnah arbeiten können.

32 Wochenstunden zum Beispiel. Die Väter würden ihre Wochenarbeitszeit etwas reduzieren und Frauen würden im Schnitt ihre Wochenstunden erhöhen.

Beide könnten sich die Aufgaben in Familie und Beruf gleichmäßiger aufteilen. Beide hätten Zeit für die Familie und für den Job. Das bedeutet ein besseres Auskommen für die Familien und eine bessere finanzielle Absicherung der Mütter.

Vor allem aber entspricht es Wünschen der Eltern:

Viele Väter, die Vollzeit arbeiten und Überstunden leisten, wünschen sich, etwas weniger zu arbeiten und mehr Zeit für ihre Familie zu haben. Viele teilzeitbeschäftigte Mütter würden dagegen gerne ihre Arbeitsstunden etwas erhöhen.

Dabei geht es nicht mehr nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit kleinen Kindern.

Es geht irgendwann auch darum, Zeit für die eigenen Eltern zu haben, die nach und nach mehr Unterstützung im Alltag brauchen. Oder auch um pflegebedürftige Angehörige.

Diese mittlere Generation – nicht mehr ganz jung und noch nicht alt - spürt zunehmend auch die Auswirkungen des demografischen Wandels.

Ich will erreichen, dass die Bedürfnisse dieser Generation, die von mehreren Seiten unter Druck steht, besser berücksichtigt werden.

Familien brauchen mehr Zeit: Für Kinder, für den Job und für die Pflege ihrer Angehörigen.

Wir haben die Familienarbeitszeit noch nicht. Aber wir arbeiten daran. Und wir sind bereits erste Schritte auf dem Weg dahin gegangen:

Das ElterngeldPlus ist ein wichtiger Schritt hin zur Familienarbeitszeit. Durch das ElterngeldPlus können Teilzeitarbeit und Elterngeldbezug besser miteinander kombiniert werden.

Und wenn beide Elternteile in Teilzeit arbeiten und sich die Kinderbetreuung aufteilen, gibt es das ElterngeldPlus ein paar Monate länger als Partnerschaftsbonus.

Ein weiterer Schritt ist das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Mit diesem Gesetz haben wir für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch geschaffen, eine 10-tägige Auszeit ohne Lohn einbußen zu nehmen.

Das ist für Situationen, wenn man plötzlich angerufen wird:

„Ihr Vater ist gestürzt. Er liegt bei uns im Krankenhaus. Seine Knochen sind porös. Wir können Ihnen noch nicht sagen, was wird.“

Es ist klar, dass der Vater nach 10 Tagen nicht gesund sein wird. Aber man kann sich in dieser Zeit informieren. Man kann beim Medizinischen Dienst der Krankenkassen eine Pflegestufe beantragen. Man kann sich beim Pflegestützpunkt informieren, mit Heimen und ambulanten Pflegediensten telefonieren. Man kann eine Mobile Wohnberatung anrufen, in Schwerin zum Beispiel bei der Handwerkskammer, dann

kommt jemand, schaut sich die Wohnung an und gibt Tipps, was an Umbau nötig und möglich ist um die Pflege in der eigenen Wohnung organisieren zu können. Man kann Weichen stellen, und man kann auch einfach da sein und sich selbst um den Vater kümmern.

Auch wer über einen längeren Zeitraum selber pflegt, muss nicht aus dem Job aussteigen.

Beschäftigte können ihre Arbeitszeit für die Pflege reduzieren und ihren Lohnausfall über ein zinsloses Darlehen ausgleichen.

Es wird mehr ältere Menschen mit Pflegebedarf geben. Und weniger Jüngere, die den Spagat zwischen Pflege, Familie und Beruf hinbekommen müssen.

Familien leisten in der Pflege schon heute enorm viel. Über 1,8 Millionen Menschen werden zu Hause gepflegt. Zwei Drittel davon ausschließlich durch Angehörige. Die Familien sind der größte Pflegedienst der Nation.

Auch mit Blick auf die demografische Entwicklung in unserem Land ist es wichtig, diese Leistung von Familien besser anzuerkennen.

Das ist eine Zielrichtung des neuen Pflegestärkungsgesetzes, das das Bundeskabinett beschlossen hat.

Endlich entscheidet der tatsächliche Unterstützungsbedarf von Pflegebedürftigen über die Höhe der Leistungen aus der Pflegeversicherung.

Endlich bekommen auch Demenzkranke die Unterstützung, die sie brauchen.

Auch pflegende Angehörige sind künftig besser abgesichert.

Künftig zahlt die Pflegeversicherung Rentenbeiträge für alle Pflegepersonen, die einen Pflegebedürftigen im Pflegegrad 2-5 mindestens zehn Stunden wöchentlich zu Hause pflegen.

Für Pflegenden, die aus dem Beruf aussteigen, um sich um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern, wird die Pflegeversicherung die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für die gesamte Dauer der Pflegetätigkeit bezahlen.

Besonders für Frauen, die mehrheitlich pflegen, schaffen diese Gesetze mehr Flexibilität und Sicherheit. Auch im Hinblick auf das Auskommen und die Altersvorsorge ist das ein wichtiger Punkt.

Familien brauchen finanzielle Sicherheit und gute Unterstützungsstrukturen. Wenn sie pflegen und auch wenn sie Kinder betreuen.

Im Deutschen Bundestag wurde vor einigen Wochen ein Milliardenpaket zur Entlastung von Familien verabschiedet.

Die steuerlichen Freibeträge werden angehoben und das Kindergeld auch.

Es gibt immer noch viele Eltern, die arbeiten gehen, aber am Ende des Monats kaum etwas übrig haben.

Das Kindergeld ist die beliebteste und verlässlichste Familienleistung. Es erreicht 17 Millionen Kinder und schützt über eine Million Kinder vor Armut.

Wir erhöhen auch den Kinderzuschlag, ebenfalls ein Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut.

Und mir ist wichtig, dass das Familienpaket ein Signal an die Alleinerziehenden gibt.

Sie sind genauso erwerbstätig wie Mütter in Paarfamilien, arbeiten im Schnitt sogar ein paar Stunden mehr pro Woche und haben trotzdem weniger Einkommen zur Verfügung.

Die höhere steuerliche Entlastung von Alleinerziehenden wirkt finanziell, Sie ist aber auch Anerkennung und Wertschätzung für die Familien, die Leistungsträger in diesem Land.

Ich habe vor kurzem mit einer alleinerziehenden Mutter gesprochen, die in meiner Heimatstadt Schwerin als Verkäuferin arbeitet.

Sie hat mir berichtet, dass sie von dem zusätzlichen Geld künftig die Monatskarte für ihre Tochter bezahlen kann.

Um solche Dinge des alltäglichen Lebens, der alltäglichen Teilhabe geht es. Das ist gut investiertes Geld.

Deshalb setze ich mich auch dafür ein, dass die Mittel, die wir bisher für das Betreuungsgeld ausgegeben haben, weiter den Familien und Kindern zugute kommen.

Ein wichtiges Feld dafür ist gute Kinderbetreuung.

Dort besteht Bedarf, und der Bund kann die Kommunen mit den Kosten der Kinderbetreuung nicht allein lassen.

Zwei Drittel der Menschen in Deutschland sind dafür, die Mittel, die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes freierwerden, für den Ausbau der Kinderbetreuung zu nutzen. Das Geld würde dort dringend gebraucht:

für flexible Betreuungszeiten, für Qualität und nicht zuletzt für eine gute Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher.

Ich weiß, dass sich viele Eltern erschrocken haben, als sie gelesen haben, dass es im September wieder Kita-Streiks geben kann. Das ist für Eltern schwierig zu organisieren. Aber wir müssen auch die andere Seite sehen.

Erzieherinnen und Erzieher machen eine anspruchsvolle, wichtige Arbeit. Sie fordern zu Recht, dafür auch angemessen bezahlt zu werden. Sie haben das verdient.

Ich hoffe sehr, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften jetzt in den Verhandlungen schnell zu einer guten Lösung kommen.

Möglichst noch im Sommer, bevor es für die berufstätigen Eltern richtig hart wird.

Das Ifo-Institut hat in der letzten Woche eine Studie darüber veröffentlicht, was der Ausbau der Kinderbetreuung für Familien bewirkt.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert sich - das liegt auf der Hand - und dadurch erfüllen sich mehr Menschen den Wunsch nach einem zweiten oder dritten Kind.

Geld für Kinderbetreuung ist gut investiertes Geld für Familien und Kinder. Wir brauchen gute Kinderbetreuung in ganz Deutschland. Gute Kinderbetreuung trägt dazu bei, dass alle Kinder Zugang zu Bildung und Teilhabe erhalten.

Der Bund hat im letzten Jahr ein drittes Investitionsprogramm für den Betreuungsausbau aufgelegt. Bund, Länder und Kommunen haben in gemeinsamer Anstrengung fast 300.000 neue Plätze geschaffen. Da ist in den letzten Jahren enorm viel passiert.

In gemeinsamer Anstrengung, bei der sich auch der Bund immer wieder beteiligt hat. Besonders in Ostdeutschland gibt es ein gutes Platzangebot.

Jetzt wird es verstärkt darum gehen, flexiblere Betreuungszeiten anzubieten. Das betrifft insbesondere Eltern, die im Schichtdienst oder zu ungewöhnlichen Zeiten arbeiten. In Krankenhäusern, bei der Polizei oder auch im Einzelhandel.

Zu einem Ausbau der Infrastruktur gehört auch eine Weiterentwicklung der Qualität der Kindertagesbetreuung. Das bespreche ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den Ländern, damit wir zu guten gemeinsamen Lösungen kommen.

Eine gute Betreuungsinfrastruktur führt dazu, dass Frauen stärker am Berufsleben teilhaben.

Das Beispiel der Erzieherinnen zeigt, dass Familienpolitik und die Situation von Frauen in der Arbeitswelt eng zusammenhängen.

Nicht nur bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch bei der Bezahlung.

Es gilt das Prinzip: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. In der Praxis sieht es aber leider oft anders aus.

Die Bruttostundenlöhne der Frauen sind in unserem Land im Durchschnitt 22 Prozent niedriger als die der Männer!

22 Prozent weniger Lohn...

- bedeuten weniger wirtschaftliche Unabhängigkeit.
- bedeuten ein größeres Armutsrisiko im Alter.
- Und sie bedeuten weniger Teilhabe der Frauen am Wohlstand unserer Gesellschaft.

Wir haben zum 1.1.2015 einen Mindestlohn eingeführt. Er ist ein Meilenstein für die Lohngerechtigkeit, denn besonders Frauen profitieren davon.

Zum Beispiel in der Gastronomie oder im Einzelhandel oder in Call Centern.

Wir müssen aber auch in anderen Branchen, in denen vor allem Frauen arbeiten, überprüfen, ob die Bewertungen dieser Berufe noch zeitgemäß sind.

Ich denke da zum Beispiel an Pflegeberufe oder eben die Erzieherinnen.

Mit einem „**Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit**“ wollen wir für mehr Transparenz sorgen.

Beschäftigte sollen künftig überprüfen können, ob der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ in ihrem Unternehmen eingehalten wird.

Ich will erreichen, dass es für Frauen attraktiv ist im Berufsleben zu stehen. Dazu gehört, dass Frauen für ihre Arbeit gut und fair bezahlt werden.

Ich will damit dazu beitragen, dass die verkrusteten Strukturen in unserer Arbeitswelt aufgebrochen werden. Mit mehr Transparenz über Gehaltsstrukturen stoßen wir einen Kulturwandel in den Unternehmen an.

Einen Kulturwandel haben wir auch bei den Familien.

Beständig neu – das Motto passt sehr gut.

Familien sind heute vielfältig und bunt. In welcher Form die Eltern auch zusammenleben!

Die Bedürfnisse wie berufstätige Mütter und Väter leben und arbeiten wollen haben sich geändert und sie formulieren zu Recht klare Ansprüche an die Politik.

Familien brauchen Zeit, sie brauchen ein gutes Auskommen und gute Kinderbetreuung.

Für mich als Bundesfamilienministerin ist das Auftrag und Ansporn zugleich. Ich will hierzu gerne meinen Beitrag leisten. Jetzt bin ich gespannt darauf, mit Ihnen hierzu ins Gespräch zu kommen.